

### Lärm bereitet noch Kopfzerbrechen

14.12.2006 00:00 von Bi-Bahntrasse

#### Lärm bereitet noch Kopfzerbrechen

In ihrer Stellungnahme zum Bahnausbau sieht die Gemeinde noch einige offene Fragen und fordert neue Berechnungen

VON PETER BOMANS

**Friesenheim.** »Die Bahn kommt« – und das könnte ganz schön laut werden. Die zwei zusätzlichen Gleise, die an der Rheintalstrecke verlegt werden sollen, werden auf jeden Fall mehr Züge bescheren. Bei der Berechnung der Lärmbelastungen und beim Schallschutz fordert die Gemeinde Friesenheim Nachbesserungen.

Das Thema Immissionen ist ein zentraler Punkt der Stellungnahme zum Planfeststellungsverfahren, die der Gemeinderat am vergangenen Montag verabschiedet hat. Bis zum 19. Dezember können nun Einwendungen beim Regierungspräsidium Freiburg vorgebracht werden. Individuelle Anliegen müssen Bürger selbst vorbringen. Die Verwaltung im Rathaus will den Betroffenen »mit Rat und Tat zur Seite stehen«.

Seit Jahren beschäftigt der Bahnausbau immer wieder die Gemeinde. Im März 2003 war das Projekt Anlass für eine Bürgerversammlung und erst vor einigen Wochen Gegenstand einer Anhörung. Ein Punkt, der auch in vielen anderen Kommunen Widerstand erzeugt, ist der Umgang der Bahn mit dem Thema Lärm.

Etliche Kritikpunkte greift die aktuelle Friesenheimer Stellungnahme auf. Bemängelt werden insbesondere eine zu niedrig angesetzte Prognose der Zugzahlen, die Anwendung des so genannten Schienenbonus (der für Züge eine höhere Lärmbelastung erlaubt als etwa für den Straßenverkehr), unzureichende Schallschutzwände und fehlender aktiver Schallschutz für das Naherholungsgebiet Baggersee Schuttern, für den Oberschopfheim und für einen Aussiedlerhof.

Verbesserungen beim Immissionsschutz soll es hingegen nach den Berechnungen der Bahn für die Wohngebiete in Friesenheim und Schuttern geben durch die Errichtung von zwei bis drei Meter hohen Schallschutzwänden. Zu Elektrosmog und Feinstäuben liegen keine Gutachten vor.

Weitgehend durchsetzen konnte die Gemeinde ihre Forderungen zur Gestaltung des Bahnhofareals inklusive der Straßenüberführung der L 118 und der Überführung der Gemeindeverbindungsstraße Oberschopfheim–Schuttern über die Bahn. Diese Überführung wird auch als Baustellenzufahrt genutzt werden und deshalb mit einer Tragfähigkeit von 30 Tonnen gebaut. Für die Gemeinde entstehen dadurch keine Kosten.

Kritisiert wird der ersatzlose Wegfall des Bahnhof-Empfangsgebäudes auf der Westseite. Josef Hugelmann (GLU) regte an, dieses »Sandsteingebäude mit echtem Flair« zu konservieren; eventuell könne der Bauhof die Steine lagern. Neben dem Empfangsgebäude werden die beiden Bahnwärterhäuser sowie der Güterschuppen auf der westlichen Seite des Bahnhofs abgerissen. Der neue Mittelbahnsteig wird zwischen der bestehenden Rheintalbahn und der neuen Strecke liegen und mit einem Wetterschutz für die Wartenden versehen.

Willi Ehret (CDU) sieht auch mit der Stellungnahme der Gemeinde das Thema Bahnausbau noch nicht

ausdiskutiert. Der Schutz der Bevölkerung gehe vor den wirtschaftlichen Interessen der Bahn. »Es ist das getan, was möglich ist«, kommentierte Hans Lögler (SPD) das Verhandlungsergebnis, andernorts gebe es viel größere Probleme durch den Bahnausbau. Josef Hugelmann forderte, dass ein vorgesehener Wartungsweg um 100 Meter verlängert werden soll, um für Radler und Fußgänger einen Anschluss zu einem Weg auf Hohberger Gemarkung schaffen. Alles andere wäre ein »Schildbürgerstreich«, so Hugelmann. Und er regte an, den zugeschütteten Sandgraben als ökologische Ausgleichsfläche anzubieten. Karl Silberer (CDU) meldete die Belange der Landwirte an und erinnerte daran, dass 21 Hektar wertvolle landwirtschaftliche Fläche durch den Bahnausbau verloren gehe. Baustellenstraßen sollten so schnell wie möglich rückgebaut werden. Ein Bürger regte in der Frageviertelstunde an, der Bahn für ökologische Ausgleichsflächen landwirtschaftlich weniger interessantes Gelände anzubieten. Die Römersiedlung ist nur am Rand vom Bahnausbau berührt. Lediglich die Holzkonstruktion wird um vier Meter versetzt. Weitere Beeinträchtigungen will die Gemeinde nicht zulassen.